

Johann Wolfgang Brügel: Tschechen und Deutsche 1939—1946. Nymphenburger Verlagshandlung. München 1974. 326 S.

Anders als Johann Wolfgang Brügel's sieben Jahre früher erschienenenes Buch „Tschechen und Deutsche 1918—1938“, München 1967, beschäftigt sich diese „Fortsetzung“ nicht mit allen Aspekten in den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in dem im Titel angegebenen Zeitraum, sondern nur mit einer einzigen, allerdings besonders folgenreichen Einzelheit: mit den Überlegungen, die während des Zweiten Weltkriegs im tschechoslowakischen politischen Exil in London darüber entwickelt wurden, welche Stellung den Sudetendeutschen in einer nach dem erhofften Sieg der Antihitlerkoalition wiedererrichteten ČSR eingeräumt werden solle. Schon relativ früh tauchte in diesen Plänen der Gedanke auf, durch eine mehr oder weniger umfassende Um- oder auch schon Aussiedlung der deutschen Minderheit das Sudetenproblem zu „lösen“ und auf diese Weise die neue Republik zu einem möglichst homogenen slawischen Nationalstaat zu machen. Vorgänge im Protektorat Böhmen und Mähren oder im slowakischen Staat, aber auch in der ČSR im ersten Jahr nach dem Ende der deutschen Herrschaft werden von B. nur soweit berücksichtigt, als sie zum besseren Verständnis für die im Exil getroffenen — oder auch unterlassenen — Entscheidungen oder für ein gesicherteres Urteil über dieses gewaltsame Ende des jahrhundertelangen Zusammenlebens von Deutschen und Tschechen in den böhmischen Ländern nötig erscheinen. B. stützt sich auf eine umfassende Auswertung des zur tschechoslowakischen Exilpolitik bereits erschienenen Materials, auf noch unpublizierte britische Akten und auf persönliche Erinnerungen: B. gehört zu den nach Großbritannien emigrierten sudetendeutschen Sozialdemokraten.

Die Motive für die Vertreibungsabsichten sind bekannt: Strafe für die sudetendeutsche Mitwirkung an der Zerstörung der Ersten Republik und Vergeltung für die politische und nationale Unterdrückung der Tschechen während deren Zugehörigkeit zum nationalsozialistischen Imperium. Ebenso bekannt ist auch die staatsrechtliche Prämisse für die Durchführung des Vorhabens: das Beharren auf dem uneingeschränkten Fortbestehen des tschechoslowakischen Staates innerhalb der Grenzen von 1919 und damit Negierung aller durch Deutschland und dessen Verbündete seit dem September 1938 bewirkten Veränderungen der politischen Ordnung und des Gebietsstandes auf diesem ČSR-Territorium. Ebenso sind schließlich, nicht zuletzt durch B.s frühere Veröffentlichungen, die verschiedenen Phasen, die das Vertreibungsprojekt während des Krieges durchlaufen hat, der Forschung vertraut. Erweitert werden unsere Kenntnisse hingegen durch den ausführlichen Bericht über die Haltung der großen Kriegsalliierten zu dieser Vertreibungsabsicht, die alle vor Kriegsende ein solches Verfahren nicht gebilligt haben, durch die eindrucksvolle Gegenüberstellung mit Plänen für eine gleich radikale Behandlung der tschechischen Bevölkerung, die während des Krieges, aber auch schon früher, auf deutscher Seite erörtert worden sind, und durch die Hinweise darauf, wie man im westlichen Ausland, namentlich in Großbritannien, im Sommer und Herbst 1945 reagiert hat, als hier die ersten Austreibungen und die durch spontane Akte lokaler oder regionaler Organe, vor allem aber durch Dekrete Benešs eingeleitete Zerstörung der wirtschaftlichen und rechtlichen Lebensgrundlagen der Sudetendeutschen bekanntgeworden sind. Überzeugend ist die Kritik, die B. an der Vertreibung unter Berufung auf das Völkerrecht, aber auch auf das tschechoslowakische Staatsrecht der Vorkriegszeit übt. Für das Verhältnis der

— offiziellen — Tschechoslowakei zu ihrer jüngsten Vergangenheit ist schließlich B.s Nachweis wichtig, daß selbst im sogenannten Prager Frühling, in dem man an manch anderen Vorgängen der eigenen Zeitgeschichte Anstoß genommen hat, die Vertreibung und die Umstände, unter denen sie vollzogen wurde, nicht verurteilt wurden.

B.s wiederholte Kritik am Verhalten des Vorsitzenden der sudetendeutschen Sozialdemokratie, Wenzel Jaksch, gegenüber den Einladungen Beneš zur Mitarbeit in den Organen der politischen ČSR-Emigration in London, aber auch gegenüber den Vertreibungsabsichten Beneš ist ein Zeugnis für die anscheinend bis heute nachwirkenden Gegensätze innerhalb der sudetendeutschen Emigration. Jaksch gehörte zu denjenigen, die erst dann eine Kooperation für sinnvoll gehalten haben, wenn mit Beneš Vereinbarungen über eine gerechtere Behandlung der Sudetendeutschen in der neuen Tschechoslowakei zustande gekommen seien, während B. und dessen Freunden Bekundungen unbedingter Treue und Loyalität zum Vormüchener Staat von seiten der deutschen Emigration vordringlicher erschienen sind. Diese Unterschiede in den Vorstellungen über Taktik und Ziele der deutschen Emigration hatten damals zur organisatorischen Spaltung innerhalb der sudetendeutschen Sozialdemokratie geführt.¹ Erst gegen Ende des Buches (S. 267 f.) mildert B. seinen Vorwurf gegenüber Jaksch, es wäre Beneš und seinem Kreis viel schwerer gefallen, wenn nicht gar unmöglich gewesen, Vertreibungspläne zu entwickeln oder gar durchzuführen, wenn deutsche Demokraten von Anfang an offiziell in den Gremien der tschechoslowakischen Emigration mitgearbeitet hätten. Aber gerade wenn man B. folgt und nicht Beneš, sondern die Kommunisten für die Urheber des schließlich praktizierten Vertreibungskonzepts hält, ist die von B. nur halb ausgesprochene „Entschuldigung“ zwingend: auch ein anderes Verhalten Jakschs hätte die Vertreibung nicht verhindern können. Im übrigen werden auch gutwillige Leser von dem polemischen Ton irritiert, in dem diese posthume Auseinandersetzung mit Jaksch, aber auch andere Passagen des Buches geschrieben sind. Auch Bemerkungen wie die, daß der Völkerrechtler Hermann Raschhofer im Januar 1945 ein Schreiben an den Deutschen Staatsminister in Prag, Karl Hermann Frank, „mit Deutschem Gruß Heil Hitler!“ unterzeichnet habe (S. 97), daß „Bernhard Adolf ... von Hitlers Gnaden Vorsitzender des Verbandes der Protektorats-Industriellen“ gewesen sei (S. 107), daß jeder, der „gegen das (Deutsche) Reich loszog“, die Wahrheit gesagt habe (S. 124), oder daß „Czech [Jakschs Vorgänger im Vorsitz der sudetendeutschen Sozialdemokratie] ... mehr für das Deutschtum der böhmischen Länder getan [habe] als alle die patentierten Vertreter des Deutschtums zusammen“ (S. 141), sind ärgerlich, weil sie die Darstellung in nichts weiterführen.

Wer das Schicksal der Sudetendeutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs nicht isoliert sieht, sondern als Teil eines Prozesses, durch den fast alle deutschen Siedlungen in Ostmittel- und Südosteuropa liquidiert wurden, wird die

1) Dazu hat B. 1975 (?) als Ergänzung des hier besprochenen Buches eine Dokumentation veröffentlicht: J. W. Brügel: Zur Geschichte der Zinnergruppe. Eine Dokumentation über die Vorgänge innerhalb der 1938/39 nach England emigrierten deutschen Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei, hrsg. von der Arbeitergemeinschaft ehemaliger deutscher Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei, Tann (Niederbayern).

Klärung der Frage weniger wichtig finden, ob Beneš und sein Kreis oder, wie B. hier nachzuweisen sucht, die Kommunisten und „eine zahlenmäßig dünne Schicht aus der politischen Unterwelt“ (S. 258) für die schließlich praktizierte Radikalität der Vertreibung verantwortlich sind; dabei wurden, entgegen dem behaupteten Strafcharakter dieser Maßnahme, auch die sudetendeutschen Hitlergegner, ja auch die Juden, die die Verfolgung durch das NS-Regime überlebt haben, nicht verschont. Größere Bedeutung für die Forschung hat jedenfalls eine Beobachtung, zu der B.s Buch reiches Material enthält, nämlich: wie stark und ungebrochen hier die Kraft des Nationalstaatsgedankens geblieben war und wie sehr alle Angehörigen einer Nation, ohne Rücksicht auf bestehende parteipolitische Gegensätze zwischen ihnen, dazu bereit waren, die günstige Gelegenheit — hier: die militärische und politische Niederlage des Deutschen Reiches als der Schutzmacht der lästig gewordenen andersnationalen Minderheit — entschlossen zu nutzen, um aus einem Mehrnationenstaat einen reinen Nationalstaat zu machen.

Köln

Peter Burian

Jiří Kosta: Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945—1977. (edition suhrkamp. 974.) Suhrkamp Verlag. Frankfurt a. M. 1978. 217 S.

In einer Zeit, in der eine kritische, den Ereignissen gerecht werdende Darstellung der Wirtschaft der Tschechoslowakei im Lande selbst nicht geschrieben werden kann, wird man dankbar auf Arbeiten zurückgreifen, die von im Westen lebenden tschechischen und slowakischen Wirtschaftswissenschaftlern verfaßt worden sind. Dies gilt auch und insbesondere für Arbeiten zur Wirtschaftsgeschichte des Landes. Nachdem bereits Jiří Sláma im Jahre 1977 eine faktenreiche Untersuchung über die wirtschaftliche und soziale Umgestaltung der Tschechoslowakischen Republik nach 1945 vorgelegt hatte¹, ist nunmehr von Jiří Kosta die geschichtliche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft des Landes für den Zeitraum der über dreißigjährigen Nachkriegsgeschichte behandelt worden.

Es ist offenkundig, daß von einem einzelnen Autor eine umfassende Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Tschechoslowakei in kurzer Zeit nicht geschrieben werden kann. K. entschied sich daher für eine differenzierte Nachzeichnung lediglich der großen Linien der tschechoslowakischen Entwicklung. Schwerpunktmäßig arbeitet er die wichtigsten Phasen und Komponenten des Systemwandels nach 1945 heraus. Indem dies auch theoretisch-vergleichend geschieht, ist das Buch nicht nur für den historisch, sondern gleichermaßen den wirtschaftstheoretisch interessierten Leser von Bedeutung.

Die Gliederung folgt den zeitlichen Phasen des Systemwandels der Wirtschaft: 1. Periode der Volksdemokratie (!) 1945—1948, 2. Übernahme des sowjetischen Modells und Folgen 1948—1965, 3. Reformperiode 1966—1968 und 4. Periode der „Normalisierung“ und Rezentralisierung 1969—1977. Für jeden

1) J. Sláma: Die sozioökonomische Umgestaltung der Nachkriegs-Tschechoslowakei. Zur Politik des kommunistischen Machtmonopols, Wiesbaden 1977, 143 S.